

**Antrag der Fraktion Bündnis Deutschland**

**Berufliche Qualifizierung stärken – Ausbau statt Kürzung des Meisterbonus**

Wohlstand und soziale Sicherheit lassen sich im rohstoffarmen Deutschland nur durch eine exzellente Ausbildung der jungen Generation und durch berufliche Qualifizierungen zur Qualitätssteigerung sichern. Dies gilt auch und besonders für das Bundesland Bremen, das als Hafen- und Handelsstandort in einem scharfen, internationalen Standortwettbewerb steht. Die Attraktivität Bremens als Wirtschafts- und Handelsstandort wird durch die Bildungs- und Ausbildungsdefizite gefährdet.

Bei bundesweiten Leistungsvergleichen der Schulen nimmt Bremen regelmäßig eine Schlusslichtposition ein. Die Bremer Bildungsdefizite verschärfen sich noch im Blick auf die berufliche Qualifizierung. Im Jahr 2021 hatten 25,6 Prozent der 20-35-Jährigen keine abgeschlossene Berufsausbildung. Das ist ein trauriger Rekordwert in Deutschland, der weit über dem bundesweiten Durchschnitt (17,9%) liegt. In Bayern, das als einziges Bundesland am dreigliedrigen Schulsystem festgehalten hat, liegt dieser Anteil um etwa die Hälfte niedriger (12,2%). Sogar die Stadtstaaten Hamburg (18%) und Berlin (15,7%) haben einen deutlich niedrigeren Anteil beruflich unqualifizierter Jugendlicher (Quelle: Klaus Klemm: Jugendliche ohne Schulabschluss, Gütersloh 2023).

Ein Grund für die Bremer Berufsausbildungsdefizite ist die sehr hohe Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss. Auch hier nimmt Bremen im Bundesvergleich (mit einem Anteil von 10% der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss) einen negativen Spitzenplatz ein (ebenda, Tabelle 2). Ein anderer, nicht zu unterschätzender Grund für die Ausbildungsdefizite in Bremen ist die relativ geringe Zahl von Meisterbetrieben. Ausweislich einschlägiger Statistiken ist die Dichte von Meisterbetrieben in Bremen wesentlich niedriger als in Niedersachsen. Es ist zu befürchten, dass sich die Bildungs- und Berufsausbildungsdefizite in Bremen wechselseitig verstärken. Die Defizite des Bremer Schulsystems erschweren Betrieben eine qualifizierte Berufsausbildung. So verringert sich das Potential beruflicher Qualifizierungen insbesondere erfolgreicher Meisterprüfungen. Damit sinkt wiederum das Potential an Ausbildungsbetrieben. Die fehlende Attraktivität der beruflichen Qualifizierung in Bremen kann die Bildungsmotivation junger Menschen schwächen, insbesondere junger Männer, deren Neigung häufig weniger akademischen als praktischen Tätigkeiten gilt.

In Bremen droht so eine Abwärtsspirale von qualifizierten Berufsausbildungsdefiziten und einer Demotivation betroffener Menschen, der sog. NEETs (Not in Education, Employment or Training). Ein solcher Teufelskreis von Berufsausbildungs- und Motivationsdefiziten lässt sich nicht allein durch schulische und akademische Bildung überwinden. Die Qualität vor allem die der Schulbildung zu verbessern, ist unbedingt notwendig. Schulische Bildung allein ist aber nicht hinreichend, um die Leistungsfähigkeit der jungen Generation zu sichern. Die Handwerksverbände in Bremen fordern eine Bildungswende, die auf eine Gleichstellung der dualen Berufsausbildung mit akademischen Bildungsabschlüssen abzielt.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung sind sog. „Meisterprämien“, mit denen erfolgreich absolvierte Meisterlehrgänge, aber auch andere berufliche Weiterbildungsabschlüsse, honoriert

werden. Dass der Senat diese „Meisterprämie“ ab März von 4.000 auf 1.300 Euro reduzieren will, schwächt die berufliche Bildung im Land Bremen. Statt diesen Leistungsbonus zu senken, ist es erforderlich, ihn auf mindestens 5.000 € zu erhöhen, um ein vergleichbares Niveau wie beispielsweise in Berlin zu erreichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

1. Das Bildungs- und qualifizierte Berufsausbildungsniveau von erheblichen Teilen der jungen Generation in Bremen ist besorgniserregend schlecht. Besonderen Anlass zur Sorge gibt der viel zu hohe Anteil von jungen Menschen, die weder einen beruflichen noch einen akademischen Bildungsabschluss erwerben. Viel zu viele Jugendliche in Bremen sind weder erwerbstätig, noch besuchen sie eine Schule oder Hochschule oder absolvieren eine Ausbildung. Die überproportional hohe Zahl dieser sog. NEETs (Not in Education, Employment or Training) schwächt nicht nur Bremen und Bremerhaven als Wirtschaftsstandorte, sondern gefährdet auch ein funktionierendes Gesellschaftssystem.
2. Eine Stärkung des beruflichen Bildungswesens ist notwendig, um den Gefahren einer Demotivation wachsender Teile der jungen Generation (insbesondere der sog. NEETs) zu begegnen, sowie das Ausbildungsniveau zu verbessern, um dadurch ein sozial ausgewogenes Gesellschaftssystem in unserem Bundesland zu sichern.
3. Der sog. Meisterbonus in angemessener Höhe ist ein notwendiger Schritt zur Stärkung der beruflichen Bildung, deren Gleichstellung mit der akademischen Bildung durch eine von den Handwerksverbände seit langem geforderte Bildungswende anerkannt und im Bewusstsein der Bevölkerung, insbesondere auch Eltern- und Lehrerschaft, verankert werden muss.
4. In Bremen besteht eine Konkurrenzsituation mit dem Bundesland Niedersachsen. Die aktuell im Land Bremen beabsichtigte Kürzung des Meisterbonus würde die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven schwächen. Sind angehende Absolventen erst einmal abgewandert, werden diese voraussichtlich mit hoher Wahrscheinlichkeit außerhalb Bremens tätig bleiben und der Wirtschaft Bremens als Fachkraft nicht mehr zur Verfügung stehen. Diese Abwanderung von Absolventen könnte künftige Unternehmensgründungen bzw. Betriebsübernahmen erschweren bzw. verhindern.
5. In Bremen ansässige Handwerksbetriebe hätten im Falle der vom Senat beabsichtigten Kürzungen weniger Anreize, Meister auszubilden. Dieses wiederum würde mit Blick auf die Zukunft den Fachkräftemangel im Bremer Handwerk noch verstärken.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, von der Kürzung des sog. Meisterbonus von derzeit 4.000 € auf nur noch 1.300 € abzusehen. Stattdessen sollte diese Prämie für erfolgreiche Qualifizierungen auf 5.000 € angehoben werden.
2. Der Senat wird aufgefordert, bis Oktober 2025 eine Evaluation vorzulegen, die die Ergebnisse des Meisterzertifikats bezüglich der Anzahl seit 2020 getrennt nach Jahren in Bremen und Bremerhaven darstellt und mit entsprechenden Maßnahmen anderer Bundesländer vergleicht.

**Beschlussempfehlung:**

Sven Schellenberg, Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland